



PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 24. FEBRUAR 2021



Foto: Don-vip/ wikimedia

ANTRAG **EINSTIMMIGES BEKENNTNIS ZU BREMER AIRBUS-STANDORT**

Rückendeckung für den Bremer Airbus-Standort und seine Beschäftigten: Auf Initiative der SPD-Fraktion hat die Bürgerschaft heute einstimmig einen Antrag beschlossen, den die rot-grün-rote Koalition gemeinsam mit CDU und FDP eingebracht hatte. Darin gibt das Parlament ein klares Bekenntnis zur Flügelfertigung in Bremen ab und fordert den Senat dazu auf, sich auf Bundes- und EU-Ebene für deren Erhalt am Standort einzusetzen.

Die Corona-Pandemie und ihre Folgen haben auch die Luftfahrtbranche in eine Krise gestürzt. Der Airbus-Konzern denkt auch aus diesem Grund über Umstrukturierungen nach – und diese Überlegungen könnten für den Bremer Standort dramatische Folgen haben. Dann nämlich, wenn die Flügelausrüstung an einen anderen Standort verlagert wird.



Volker Stahmann

Dabei sei die Prozesskette im Bereich Wing-High-Lift eine Kernkompetenz in der Fertigung von Flugzeugen – und Bremen der einzige Standort in Deutschland, der diese umfassende

Prozesskette anbiete, erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Volker Stahmann.

„Es ist wichtig, diese für den Flugzeugbau systemrelevante Technologie in Deutschland am Standort Bremen zu halten“, betonte der Sozialdemokrat. Denn dabei gehe es um die Auftriebskräfte am Flügel und diese seien für alle zukünftigen Entwicklungen von enormer Bedeutung – denn sie entschieden über den Energieverbrauch eines Flugzeugs. Dass als Ersatz das Repair-Geschäft nach Bremen verlagert werde, könne dazu keine Alternative sein, so Stahmann. „Wir wollen die Technologie in Bremen halten, weil sie eine Zukunftsperspektive bietet. Das Repair-Geschäft ist wichtig und könnte kurzfristig einen Teil der Beschäftigung erhalten. Aber es ist keine

Schlüsseltechnologie, die den Bremer Standort dauerhaft erhält.“

Umso wichtiger sei es, dass die Bürgerschaft heute geschlossen für den Antrag gestimmt habe, der einen Erhalt der Flügelausrüstung fordere. Stahmann: „Damit wird klar, dass das Parlament hinter dem Bremer Airbus-Werk steht. Es zeigt Unterstützung der Beschäftigten der Bremer Airbus-Betriebe, ihren Zulieferern sowie Logistikern. Und genau das ist das wichtige Signal, das heute von uns ausgehen musste!“

>Antrag: Verlust von Flügelausrüstung im deutschen Flugzeugbau droht: Kernkompetenz am Bremer Airbus-Standort erhalten, „Flugzeug von morgen“ gemeinsam entwickeln!

http://bit.ly/airbus_hb_erhalten

ANTRAG **BREMEN SOLL AUSZUBILDENDEN-WOHNHEIM BEKOMMEN**

Bremen soll ein Wohnheim für Auszubildende bekommen. Auf Initiative der SPD-Fraktion hat die Bürgerschaft heute einen Antrag der rot-grün-roten Koalition beschlossen, der den Senat dazu auffordert, die weiteren Planungen unverzüglich anzugehen. „Für Studierende gibt es ein solch günstiges Wohnangebot schon lange, für Auszubildende aber nicht“, sagte der Sprecher für Wohnen der SPD-Fraktion, Falk Wagner, in seiner Rede. „Das ist eine Lücke, und diese Lücke wird nun geschlossen.“

Komme man als junger Mensch zum Studieren nach Bremen, habe man Zugang zu einem Begrüßungsgeld, zu günstigem Wohnen in einem Wohnheim sowie zu einem stark vergünstigten Semesterticket, führte Wagner zu Beginn seiner Rede aus. „Das ist ein umfassendes Paket, das Auszubildende so jahrzehntelang nicht erhalten haben. Seit zwei Jahren bekommen



Falk Wagner

nun auch sie ein Begrüßungsgeld. Das war ein sehr guter erster Schritt – und nun wollen wir beim Wohnen einen zweiten, wesentlich größeren Schritt gehen.“

Denn genauso wie Studierende hätten es Azubis am Wohnungsmarkt schwer. Sie verfügten nur über ein geringes Einkommen, kein Vermögen und keinen unbefristeten Arbeitsvertrag. Für Studierende seien Wohnheime daher eine jahrzehntelang etablierte Praxis. Dass es für Auszubildende solch eine Einrichtung nicht gebe, sei eine Lücke, die nun geschlossen werden solle.

„Dabei geht es nicht nur um bloße Wohnraumversorgung und nicht nur um Einwohnergewinnung für den Zwei-Städte-Staat. Es geht auch um Wertschätzung von Auszubildenden und der beruflichen Ausbildung an sich“, betonte Wagner. „Bremen sagt damit: Die berufliche Ausbildung ist für Gesellschaft und Wirtschaft ebenso viel wert wie die akademische. Und Bremen sagt den Azubis: Dein Ausbildungsweg wird ebenso gefördert und das nicht nur rhetorisch, sondern auch mit Taten. Bremen und Bremerhaven unterstützen dich bei der

Wohnungssuche, beim Ankommen und Finden neuer sozialer Kontakte, und heißen dich willkommen.“

Dafür sollen nun die weiteren Schritte erfolgen. Im Antrag wird der Senat aufgefordert, eine Immobilie und einen sozialen Partner zu suchen, um das Vorhaben umzusetzen. „Es gibt hier Interessenten, und wir hoffen, dazu bald vom Senat einen konkreten Vorschlag zu erhalten“, erklärte Wagner und ergänzte: „Ich freue mich auch, dass es dabei breite Unterstützung, etwa der Kammern und der Arbeitgeber, gibt. Und natürlich haben wir die freundlich formulierte Erwartung, dass die Sozialpartner sich auch finanziell beteiligen und das Wohnheim nicht allein dem Staat überlassen. Auch hier gibt es positive Signale. Deswegen freue ich mich heute, dass wir als Bürgerschaft das Bekenntnis abgeben: Bremen braucht ein Auszubildenden-Wohnheim – und die Bremer Auszubildenden sollen eines bekommen!“

>Antrag: Ein Auszubildenden-Wohnheim für Bremen realisieren
<http://bit.ly/azubiwohnheim>



ANTRAG **SCHREDDERN VON SAISONWARE VERMEIDEN!**

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie sind im Einzelhandel besonders zu spüren. Der andauernde Lockdown und die damit einhergegangene Schließung etlicher Geschäfte sorgte für leere Kassen, aber volle Lager. Vor eben diesem Problem stehen nun Modehändler*innen, deren Lager und Verkaufsräume nun noch mit Winter-Saisonware gefüllt sind. Aus diesem Grund hat die rot-grün-rote Koalition einen Dringlichkeitsantrag verfasst, welcher zum Ziel hat, zu ermitteln, auf welche Weise Einzelhändlern geholfen werden kann, um zu verhindern, dass eigentlich noch verkäufliche Ware vernichtet wird.

„Wir wollen die sinnvolle Nutzung der Ware!“, stellte Volker Stahmann, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, in seiner Rede klar. Es sei richtig und wichtig, dass die Überbrückungshilfen III das Spenden von nicht mehr verkaufbarer Ware finanziell attraktiver mache als die Vernichtung. „Priorität hat da aber natürlich der Verkauf durch die Händler“. Es solle daher also auch geprüft werden, forderte Stahmann, ob neben einer Weitergabe zum Zweck der Spende an wohltätige Einrichtungen auch Sonderverkäufe möglich seien.

Ebenso sieht der Antrag vor, zu prüfen, ob die für die Händler anfallenden Mehrkosten für Sammlung, Lagerung oder Verteilung, möglicherweise aus dem Bremen-Fonds gedeckt werden könnten. Aber letztlich gelte: „Das, was verkaufbar ist, soll auch verkauft werden“, so Stahmann. „Eine Vernichtung der Ware, so wie es bei großen Ketten oft üblich ist, wollen wir verhindern!“

> Antrag: „Waren aus dem entfallenen Wintergeschäft sinnvoll verwenden – Entsorgung verhindern“
<http://bit.ly/schreddern-verhindern>



Foto: Rembergt Sarow / wikimedia

DEBATTE LLOYD-WERFT IN BREMERHAVEN VOR DER SCHLISSUNG RETTEN!

Setzt sich das Werftensterben fort? Diese Befürchtung bekommt anlässlich der möglichen Stilllegung der Lloyd-Werft in Bremerhaven neuen Aufwind. Aus diesem Grund reichte die SPD-Bürgerschaftsfraktion eine Aktuelle Stunde für die heutige Landtagssitzung ein, um durch die Debatte auch Hilfen seitens der Bundesregierung einzufordern. „Die Nachricht von verganginem Freitag, dass die Werft zum Jahresende geschlossen werden soll, hat nicht nur die Beschäftigten der Werft, sondern auch Bremerhaven und das Land Bremen schwer getroffen“, sagte Jörg Zager, Sprecher für Häfen und Schifffahrt der SPD-Fraktion, während der Debatte.

Die Lloyd-Werft in Bremerhaven sei ein Traditionsunternehmen, so Zager weiter. 164 Jahre habe die Werft immer wieder durch imposante Schiffsbauten internationale Anerkennung verdient. „Wer erinnert sich nicht an die Schlagzeilen ‚Die Lloyd-Werft baut den legendären Transatlantikliner France zum Kreuzfahrtschiff Norway um‘ oder ‚In nur 179 Tagen wird das Passagierschiff Queen Elisabeth 2 umgebaut?‘.“

Nun also solle die Werft, die im Besitz des Genting-Konzerns aus Hongkong ist, bis Ende des Jahres abgewickelt werden, das Großprojekt der Luxusyacht ‚Solaris‘ sei das letzte, welches am Standort noch gefertigt werde. Etwa 300 fest Beschäftigte und 40 Auszubildende verlören dann ihre Jobs. Es gelte nun, so der Bremerhavener Sozialdemokrat, für eben diese Fachkräfte eine neue Perspektive zu schaffen. Und: „Neben den Arbeits- und Ausbildungsplätzen muss auch die langjährige fachliche Kompetenz, die nicht nur in der Reparatur,

sondern auch in dem Bau, Umbau und der Verlängerung von Schiffen wie Fähren und Kreuzfahrtschiffen liegt, bei uns vor Ort erhalten werden. Das ist für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten von besonderer Bedeutung und Wichtigkeit!“

Der Schiffbau spüre die Auswirkungen der Corona-Krise besonders – eine Angebotsvergabe an deutsche Werften sei ein Weg, die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie für die Werften zumindest in Teilen abzumildern, so Zager weiter. „Angesichts der Pläne für den Bau der Polarstern II haben wir uns als Koalition im letzten Jahr dafür eingesetzt, dass der Forschungsschiffbau zur nationalen Schlüsseltechnologie erklärt wird. Darin sahen wir die Chance, bundesweit Schiffbaustandorte, Beschäftigung und Kompetenz zu sichern.“ Allerdings, stellte der Sozialdemokrat fest, müsse die Bundesregierung von ihrer Blockadehaltung beim Thema Schlüsseltechnologie abrücken. „Innerhalb Europas gibt es keine fairen Wettbewerbsbedingungen, weil Staatskonzerne mit Staatsgeld im Rücken mit privaten deutschen Schiffbaubetrieben konkurrieren. Deshalb ist es eine nationale Aufgabe, ein Level Playing Field zu schaf-



Jörg Zager

fen, dass Dumpingpreise verhindert und faire Wettbewerbsbedingungen für unsere Werften schafft!“

Die Absicherung der Lloyd-Werft bedeute nicht nur eine Sicherung der Arbeitsplätze direkt

in der Werft, sondern auch die Absicherung von Arbeitsplätzen bei der Zuliefererindustrie, die ebenfalls von einer möglichen Schließung betroffen sei. Zager: „Verlieren wir Schlüsselkompetenzen im Schiffbau, dann verlieren wir auch Schlüsselkompetenzen bei den mittelständischen Zuliefererbetrieben. Ohne Schiffbau werden auch die Technologie- und Systemunternehmen schwer leiden, die für Elektronik und technische Systeme in den Schiffen verantwortlich sind.“

„Wer also heute Schiffbaukompetenz verliert“, resümierte der SPD-Politiker, „verliert morgen die technologische Systemführerschaft bei Schiffbauprojekten und übermorgen die Arbeitsplätze bei den Zulieferern!“

Die Regierung habe zwar einen Wirtschaftsstabilisierungsfonds von mehr als 500 Millionen Euro in Planung. Allerdings sei der Genting-Konzern bislang nicht in der Lage, die Voraussetzung für jene Hilfen zu erfüllen. Denn es sei notwendig, dass der Konzern für alle vier norddeutschen Werften – Wismar, Rostock, Stralsund und Bremerhaven – eine Perspektive aufzeige. Der Bund, forderte Zager abschließend, solle die über Landesgrenzen hinweg anerkannten Projekte der Bremerhavener Werft in die Prüfung für die Vergabe von Bundesmitteln einbeziehen. „Ich kann keinem Schiffbauer und keiner Schiffbauerin an der deutschen Küste erklären, warum Milliarden für die Lufthansa oder deutsche Banken locker gemacht werden, maritime Industriearbeitsplätze aber weniger wert sein sollen!“